

Vorlage zur Beschlussfassung
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 23.06.2022

1. Gegenstand der Vorlage:

Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Klinik Helle Mitte GmbH - Legislaturperiode bis 2026

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 10.05.2022 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0098/VI der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt bittet die Bezirksverordnetenversammlung, die Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Klinik Helle Mitte GmbH für die laufende Legislaturperiode bis 2026 vorzunehmen. Einziger Bewerber für das Amt ist Herr Bernd Lange.

Gordon Lemm
Bezirksbürgermeister

Bienge
Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit

Anlage

Vorlage für das Bezirksamt

- zur Beschlussfassung -

Nr. 0098/VI

A. Gegenstand der Vorlage:

Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Klinik Helle Mitte GmbH - Legislaturperiode bis 2026

B. Berichterstatter/in:

Bezirksstadträtin Frau Bienge

C. Beschlussfassung

C.1 Beschlussentwurf:

Das Bezirksamt beschließt : Das Bezirksamt bittet die Bezirksverordnetenversammlung, die Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers für die Klinik Helle Mitte GmbH für die laufende Legislaturperiode bis 2026 vorzunehmen. Einziger Bewerber für das Amt ist Herr Bernd Lange.

C.2 Weiterleitung an die BVV und zugleich Veröffentlichung:

Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.

D. Begründung:

Für das Ehrenamt Patientenfürsprecher/in bei der Klinik Helle Mitte GmbH für die Dauer der laufenden Legislaturperiode bis 2026 hat sich Herr Lange termingerecht und mit vollständiger Einreichung der geforderten Unterlagen beworben. Er hat dieses Ehrenamt bereits in der vorhergehenden Wahlperiode dort ausgeübt. In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Inklusion, Teilhabe (einschließlich Lebensmittelüberwachung) am 31.3.2022 hat sich Herr Lange vorgestellt. Der Ausschuss hat seine Kandidatur befürwortet.

E. Rechtsgrundlage:

§ 16 Abs. 1 e BezVG

§ 36 Abs. 2 b und Abs. 3 BezVG

§ 30 LKG

F. Haushaltsmäßige Auswirkungen:

Die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung für Patientenfürsprecher/innen an Berliner Kliniken und Krankenhäusern regelt sich nach der VO zur Durchführung des Gesetzes über Entschädigungen von Mitgliedern der BVV, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den jährlichen Haushaltsplänen, Kapitel 4100, Titel 41201, berücksichtigt. Zahlungen an Patientenfürsprecher/innen der vorangegangenen Legislaturperiode enden mit der Abberufung bzw. mit der Wahl von Patientenfürsprecher/innen für die sich anschließende neue Legislaturperiode.

G. Zielgruppenrelevante Auswirkungen:

keine

Bienge

Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit

Anlage